

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonntags... Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. 50 Pf.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Baustellen-Anzeigen die 3 gelappten Kolonnen-Zeile 50 Pf.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Wren, Druck von G. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. - Fernsprech-Anschluss 8002.

Außerordentliche Verbandsunterstützung während der Kriegszeit.

Nachstehend geben wir eine Uebersicht über die vom Verbands geleistete Unterstützung an die Familien der zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder. Diese außerordentliche Unterstützung gelangte für die Monate September und Oktober zur Auszahlung und betrug pro Monat 8 M. für die Frau und 50 Pf. für jedes Kind an die Familien verheirateter Verbandsmitglieder...

Das Bestreben der Verbandsleitung, zur Ueberwindung der äußersten Not in den Familien beizutragen, denen durch den Krieg der Ernährer genommen wurde, ist allgemein gebilligt und gewürdigt worden, und wir dürfen hoffen und erwarten, daß auch die im Felde stehenden Verbandsmitglieder den guten Willen durch Treue zum Verbands anerkennen werden.

Die sehr saumfällige Einsendung der Quittungslisten über die ausbezahlte Kriegsunterstützung seitens der Zahlstellen ermöglichte erst jetzt eine Zusammenstellung der Gesamtausgaben für die Kriegsunterstützung vorzunehmen, und noch jetzt dürfte mit Nachzügeln zu rechnen sein, die in die Aufstellung nicht mehr aufgenommen werden konnten.

Die nachfolgende Tabelle ergibt die Höhe der insgesamt und in den einzelnen Gauen ausgezahlten Kriegsunterstützung und die Zahl der Familien, welche dieselbe erhielten:

Table with 5 columns: Gau, September Familien, September M., Oktober Familien, Oktober M., September und Oktober Summa. Rows 1-15 and Einzelmitgl.

Die niedrigere Gesamtunterstützung und auch die geringere Zahl der unterstützten Familien für Oktober erklärt sich daraus, daß der Kreis der Unterstützungsberechtigten im ersten Monat vielfach zu weit gezogen war und erst für Oktober auf das richtige Maß gebracht wurde.

Neben der Unterstützung an die Familien der Kriegsteilnehmer in Höhe von 410804,25 M. kommt noch die Weihnachtunterstützung an Kranke, Arbeitslose, Reisende und an die Familien der am Krieg teilnehmenden Verbandsmitglieder als außerordentliche Verbandsleistung während der Kriegszeit in Betracht.

Ueber die Höhe der aus Verbandsmitteln ausgezahlten Weihnachtunterstützung gewährt nachfolgende Zusammenstellung eine Uebersicht:

Table with 6 columns: Gau, Angehörige der Eingezogenen, Arbeitslose, Reisende, Kranke, Summa. Rows 1-15 and Sum.

Die Weihnachtunterstützung gelangte durchweg aus den Mitteln der Zahlstellen zur Auszahlung. Auch bei dieser Unterstützung sind wieder eine Anzahl Zahlstellen mit der Berichterstattung trotz wiederholter Aufforderung rückständig. Bei der Weihnachtunterstützung, die nach dem Zirkular des Vorstandes von den Lokalkassen geleistet werden sollte, hat sich wieder das kampfshafte Bemühen einiger Zahlstellen gezeigt, die Hauptkasse, also die Allgemeinheit der Verbandsmitglieder, mit dem auf sie entfallenden Teil zu belasten.

Es wurden vom Verbands ausgegeben an Kriegsunterstützung 410 804,25 M. Weihnachtunterstützung 159 934,80 M. Zusammen 570 739,05 M.

Mehr als eine halbe Million Mark hat der Fabrikarbeiterverband außerhalb des Rahmens des Statuts während der Kriegszeit an Kriegs- und Weihnachtunterstützung gezahlt. Außerdem sind bis jetzt mindestens 200 000 Mark an Ausgezeichnetenunterstützung ausgegeben. Diese Zahlen zeigen, in welchem Maße der Verband auch in außerordentlichen Zeiten seinen Mitgliedern eine Stütze bietet.

Bedauerliche Auswüchse.

Nichts würde die Eintracht, die Zueversicht, das Vertrauen der breiten Volksmassen tiefer erschüttern als wenn die Wahrnehmung sich festsetzte, daß sich unsaubere Hände ungestraft vergolden und Reichtümer in die Tasche schieben, während unsere Soldaten draußen im Schützengraben und im Sturmangriff, unsere Seeleute auf dem Meere heldenmütig ihr Leben für Reich und Nation daransetzen.

Es ist kein Geheimnis, daß dieser Krieg — wie der Krieg überhaupt — für manche Leute eine Quelle reicher Gewinne ist. Gar mancher Kapitalist sieht sein Vermögen jetzt wachsen wie noch nie zuvor. Sehr richtig schrieb kürzlich der Reichstagsabgeordnete Erzberger: „Es hat sich in den letzten drei Monaten eine neue Schicht von Millionären herausgebildet, vor der man nicht gerade den Hut zu ziehen braucht. Hinter mancher Spende von 10 000 Mark für das rote Kreuz steht eine unberechtigte Millionenspekulation an Kriegslieferungen.“

Erzberger hat hier nur die bei Kriegslieferungen erzielten Gewinne im Auge. Diese sind allerdings teilweise enorm. Die Heeresverwaltung feilscht und schachert nicht. Sie hat dazu allerdings auch gar keine Zeit und begreiflicherweise auch keine Neigung. Das nützen manche Kapitalisten in der unverschämtesten Weise aus. Vor kurzem berichtete der „Vorwärts“ über eine Verhandlung vor dem Berliner Kaufmannsgericht, die auf das Schlimmste und die Gewinne der Zwischenhändler bei Heereslieferungen ein recht bezeichnendes Licht warf. Danach waren Gefangenenzuppen für die Militärverwaltung durch fünf Zwischenhändler gegangen. Der Herstellungspreis für 200 solcher Zuppen betrug 120 Mark, die Militärverwaltung aber sollte 1900 Mark dafür bezahlen. Ähnliche „Preisbildungen“ werden vielleicht auch sonst vorkommen, jedoch erfährt die Öffentlichkeit nur selten etwas davon.

Zu dem Preiswucher tritt vielfach der direkte Betrug durch Lieferung schlechter, verfälschter oder verdorbener Waren. Dafür gibt es Beispiele in Fülle. Ein besonders drastisches lieferte kürzlich die Adener Lebensmittelkommission mit der Feststellung, daß sogar den Kazaroten-Kakao angeboten wurde, dem neunzig und mehr Prozent Schalen und Sägemehl beigemischt waren. Es ist gewiß schon eine bemerkenswerte Unverschämtheit, ein solches Gemischel überhaupt herzustellen und anzubieten, aber es ist gewiß ein Skandal ohne gleichen, wenn solcher Dreck der Militärverwaltung als Sahlgut für die verwundeten Soldaten angeboten wird.

Die Tatsache, daß bei den Kriegslieferungen gut verdient wird, löst natürlich bei gewinnlüsternen Kapitalisten das Streben aus, nun auch solche Lieferungen zu bekommen. Das ist nicht immer leicht. Die Militärbehörden feilschen zwar nicht um den Preis, aber sie fordern schnelle Erledigung ihrer Aufträge, und sie stellen mit Recht hohe Ansprüche an die Qualität der zu liefernden Waren. Wer diesen Ansprüchen nicht nachkommen kann oder will, scheidet bei den Lieferungen aus. Selbstverständlich fehlt es nicht an Bestrebungen, die gesunden und richtigen Grundsätze für die Verteilung der Kriegslieferungen zu umgehen. Wie das gemacht wird, besser gesagt, gemacht werden soll, zeigte recht deutlich folgende Anzeige, die kürzlich in einer großen Berliner Tageszeitung („Berliner Tageblatt“ Nr. 20/1915) erschien:

Heereslieferungen aller Art vermittelt unter günstigen Bedingungen ein Herr, der beste Beziehungen zu den in Frage kommenden Behörden hat. Gest möglichst ausführliche Angeb. unter J. N. 3148 an Rudolf Woffe, Berlin SW. Event. Ausstellungsräume vorhanden.

Das Inserat ist durch ein Klischee auffällig gemacht, das einen männlichen Kopf darstellt, dessen linkes Auge zugekniffen ist, während das rechte verheißend nach oben schielt: eine rechte Gannersprache. Der Inserent behauptet also, daß bei der Lieferung von Waren an das Heer nicht Güte und gerechter Preis, sondern „beste Beziehungen zu den in Frage kommenden Behörden“ bestimmend seien. Dieser Behauptung selbst legen wir natürlich gar keine

Bedeutung bei. Wir erwähnen sie nur, um zu zeigen, mit welcher Unverschämtheit gewisse Geschäftemacher auch während des Krieges alle Dinge ihrem gewinnstüchtigen Streben nutzbar machen wollen. Als ein in mancher Hinsicht interessantes Beispiel solcher Greiflichkeit erwähnen wir noch, daß kürzlich ein „Selbständiger Kaufmann“ durch Inserat eine „Lebensgefährtin mit 25- bis 30 000 M. Vermögen“ suchte und dabei zugleich bemerkte, die Mitgift würde „zum Teil für sehr lohnende Heeresaufträge benötigt“.

Bemerkte sei noch, daß solche Auswüchse privater Gewinnsucht in den andern Kriegführenden — an nicht weniger, sondern wahrscheinlich mehr vorkommen als bei uns. In Rußland ist ja die Mogerei selbstverständlich; aber auch in Frankreich muß sie einen bedenklichen Umfang angenommen haben, denn man hat sich dort schon im Parlament damit beschäftigen müssen. Im verbündeten Oesterreich gibt es natürlich auch skrupellose Profitmacher. So veröffentlichte kürzlich die „Neue Wiener Schuhmacher-Ztg.“ bezeichnende Einzelheiten über die Erfahrungen der Heeresverwaltung mit geliefertem Militärsehuhzeug. Es heißt da: „Zu Tausenden wurden Schuhe zur Ablieferung gebracht, bei denen Pappendeckel verarbeitet worden war. Bei einer Lieferung waren sogar die Sohlenleder aus Pappendeckel, bei einer andern selbst das Hinterleder, die Einbindebrandsohle, das Einpappleder sowie das Gelenkstück.“ Mit Recht nennt das Blatt solche Soldatenschuhe „Papierschachteln“.

Kriegslieferungen sind zwar eine recht ergiebige, aber nicht die einzige Gewinnquelle während des Krieges. Auch die Zivilbevölkerung wird mehr als sonst geschripst und zur Aber gelassen. Vom Lebensmittelpoker ist selten soviel und mit soviel Recht gesprochen und geschrieben worden wie seit Ausbruch des Krieges. Schon die Tatsache, daß von Staats wegen Höchstpreise für Lebensmittel festgesetzt werden müssen, ist ein ausreichender Beweis für das Bestehen wucherischer Bestrebungen. Nicht nur beim Zwischenhandel, sondern auch direkt beim bäuerlichen Erzeuger von Lebensmitteln waren solche Bestrebungen vorhanden. In recht unchristlichem Grimm schrieb das „Zentralblatt“ der „christlichen-Bewerkschaften“ kürzlich:

„Mit geradezu brutaler, abstoßender Deutlichkeit hat sich gezeigt, daß unsere landwirtschaftlichen Organisationen, unter Einfluß der christlichen Bauernvereine, alle und jede Erzeugung im Sinne der Gewinninteressen ihres Volkes abgeht. Hierüber werde zu gegebener Zeit mit aller Deutlichkeit noch das eine oder andre zu sagen sein.“

Einige andre christliche Organe äußerten sich noch weit schärfer. Wie der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Schiffer kürzlich in der Presse mitteilte, hat sich die freie Kommission des Reichstags bereits mit dem Kriegswucher befaßt. Er fügt hinzu, daß er keinen Bruch der für die Verhandlungen der Kommission beschlossenen Vertraulichkeit zu begehen glaube, wenn er erwähne, daß dort eine ebenso einmütige wie lebhaft empörte Über gewisse Erscheinungen zutage getreten sei, die sich als eine schamlose Ausbeutung der durch den Krieg geschaffenen wirtschaftlichen Zwangs- und Notlage darstelle. Diese Empörung werde sicherlich in den weitesten Kreisen geteilt. Man sei sich auch überall darüber einig, daß jene bedauerlichen Einzelercheinungen schon nicht mehr selten und vereinzelt genug seien, um als bloße Ausnahmen, mit denen man nun einmal immer rechnen müsse, mit einem Achselzucken abgetan zu werden. Schiffer führte dann weiter aus:

„Unreellität und Schwindel sind in Kriegszeiten schlimmer als in Friedenszeiten, zumal wenn sie sich gerade den Krieg zunutze machen. Deshalb verlangt das Volk, mit gutem Grunde die exemplarische Bestrafung der Postbediensteten, die sich an den ihnen zur Beförderung anvertrauten Liebesgaben vergreifen, der Händler, die für unsere Soldaten bestimmten Pakete mit allerlei zurückgekauften Schundzeug füllen, der Müßiggänger, die in der Tracht eines verwundeten Offiziers oder eines Mitgliedes des roten Kreuzes Sammlungen für wohlthätige Zwecke veranstalten und den Ertrag in ihre Tasche verschwinden lassen, der Fabrikanten, die für unsere Truppen eine mit Teerfarbstoff gefärbte und mit künstlichem Aromastoff parfümierte Mischung als „alkoholischen Punch in der Tüte“, eine mit Gelatine bereicherte Zuckermenge als „echte Grogwürfel“ und ein völlig minderwertiges Saffeepräparat als „Ideal-Saffeeersatz“, zum Teil bereits veränderte in Feldpostbriefe verpackt, präsentieren.“

Schiffer fordert eindringliche Warnung vor derartigen unsauberen Machenschaften in den Zeitungen, rücksichtslose Bloßstellung ihrer Urheber durch Veröffentlichung ihrer Namen und schleunige Verbeiführung gerichtlicher Untersuchungen und strenger Bestrafung.

Es gibt aber einen Liebesgabenwucher, dem mit Strafbestimmungen nicht beizukommen ist. So bekommt man für Feldpostbriefe durchaus einwandfreie Butter in kleinen Tüben. Eine Tübe mit einem Nettoinhalt von 50 Gramm kostet 65 Pf. Rechnet man davon 15 Pf. für die Tübe, so kosten 50 Gramm Butter 50 Pf., ein Pfund mithin 5 M. Das darf man selbst bei den jetzigen hohen Butterpreisen Wucher nennen. Das schändliche Untersuchungsamt in Bielefeld hat kürzlich öffentlich vor solchen Liebesgabenpuffungen gewarnt. Es hat nämlich Packungen untersucht und den Inhalt abgeschätzt, oder von Sachverständigen abschätzen lassen und kommt dabei zu folgendem Resultat:

„Die Preise nach Abzug der Kosten für die Verpackung und das Verpacken übersteigen die üblichen Marktpreise meist erheblich. Es sollen sich ein Pfund Butter auf 2,90 bis 4,25 Mark, ein Pfund Margarine auf 1,35 Mark, ein Liter Kognakverjähnung auf 6,10 bis 8,25 Mark,“

Diese Preise wurden ermittelt nach Abzug der für die Verpackung und das Verpacken von den Fabrikanten angegebenen Kosten. Der Nahrungsmittelchemiker der Stadt Bochum veröffentlichte gleichfalls eine warnende Zusammenstellung. Danach kostete in Liebesgabenpackung: 1 Pfund Süßrahmbutter 6,50 Mk., 1 Liter Milch (ursprünglich 1, nicht eingedickt) 3 Mk., 1 Pfund Bienenhonig 4,55 Mk., 1 Pfund Kaffee 7,20 Mk., 1 Pfund schlechter Tee 6 Mk., 1 Liter Rum 24 Mk., 1 Pfund Margarine, die allerdings als „Gindenburg-Vandbutter“ verkauft wird, 2,25 Mk. Und so fort! Welchen Umfang der Liebesgabenwucher angenommen hat, mag die Tatsache dartun, daß kürzlich im Rheinland eine „Zentralstelle zur Bekämpfung minderwertiger Liebesgaben“ gegründet wurde, die es sich zur Aufgabe machen will, die Versorgung des Heeres mit schlechten Liebesgaben zu bekämpfen und das laufende Publikum gegen Ueberschreitungen zu schützen. Dasselbe Ziel, nur mit der Beschränkung auf das laufende Militär, verfolgt eine Verfügung der Kommandantur der Festung Marienburg, in der es heißt: „Alle Gewerbetreibenden im Festungsbereich werden darauf hingewiesen, daß Ueberschreitungen von Offizieren und Mannschaften, die ihre Bekleidung und Ausrüstung einkaufen, mit Schließung des Geschäfts bestraft werden.“ Ferner haben der kommandierende General des ersten Armeekorps und der Gouverneur der Festung Königsberg Bekanntmachungen erlassen, in denen sie drohen, die Geschäftseute, die Offiziere und Soldaten beim Einkauf von Kleidern, Ausrüstungsgegenständen und Lebensmitteln weiterhin überbieten, mit Veröffentlichung ihres Namens und, falls das nicht hilft, mit Schließung des Geschäfts zu bestrafen. Solche Verordnungen lassen bezeichnende Schlüsse auf den Umfang der Soldatenbewucherungen durch gewissenlose Geschäftsleute zu.

Derlei Bewucherungen der Bevölkerung wären allerdings unmöglich, wenn die Versender von Liebesgaben bei ihren Einkäufen vorzichtiger wären und nicht auf hübsch aufgeputzte Kleinigkeiten immer wieder hineinfielen. Sie sind aber auch nur möglich, weil der kapitalistische Erwerbstrieb immer und überall jede menschliche Schwäche ausnützt und auf das Gesamtwohl nicht die geringste Rücksicht nimmt.

Selbstverständlich wollen wir damit nicht sagen, daß jeder Kapitalist ein eigennützig, nur auf seinen Vorteil bedachter Mensch sei. Es muß vielmehr durchaus anerkannt werden, daß der Krieg bei vielen Kapitalisten das soziale Pflichtgefühl in außerordentlichem Maße gestärkt hat. Die private Wohltätigkeit hat einen geradezu überraschenden Umfang angenommen. Gewiß sind die Motive solcher Wohltätigkeit nicht immer ganz lauter. Es gibt auch spekulative Wohlthäter, die, wie Erzberger schreibt, 10 000 Mark für das rote Kreuz spendieren, um das Vielfache dieser Summe an Kriegslieferungen verdienen zu können. Sogar Wohltätigkeit auf Aktien scheint es schon zu geben. Darauf deutet ein Inserat in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ hin, in dem „für einen Wohltätigkeitskonzern, der nachweisbar fünfzig Prozent Verdienst verteilen kann“, Kapitalisten mit 10 000 bis 50 000 Mark Einlage gesucht wurden. Nun steht es ja wohl schon in der Bibel, daß Wohlthun Zinsen trägt, aber 50 Prozent sind da nicht zugefagt. Vielleicht mündet der Menschfreund, der das Inserat aufgegeben hat, dagegen ein, daß Kriegswohltätigkeit auch Kriegsprofite einbringen muß. Vielleicht sagt er auch, es sei immer noch besser, auf 50 Prozent in Wohltätigkeit zu spekulieren, als auf 100 Prozent oder mehr in gewissen Kriegslieferungen. Und wir würden dem Einwand wenig entgegenzusetzen. Vielmehr müssen wir zugestehen, daß der auf 50 Prozent Zins rechnende Wohlthäter ein tadelloser Ehrenmann ist im Vergleich zu den deutschen Kapitalisten, die sich nicht scheuen, das gegen uns kämpfende Ausland noch mit Kriegsmaterialien der verschiedensten Art zu versorgen. Daß Rußland in Dänemark eine Zentrale zur Versorgung mit medizinischen Präparaten aus Deutschland unterhalten kann, und daß eine deutsche Fabrik durch einen norwegischen Agenten Krüden nach England oder Rußland liefern wollte, beurteilen wir sehr kühl. Beschämend aber ist das Zeugnis, das der Kopenhagener Mitarbeiter des

Hamburger „Echo“ manchen deutschen Unternehmern ausstellt. Er schreibt: „Was gegenwärtig in den größeren skandinavischen Städten vorgeht, ist ein Skandal, und zwar so arg, daß selbst die einheimische Bevölkerung sich davon mit Ekel abwendet. Dem Schreiber dieser Zeilen wurde von durchaus glaubwürdiger Seite berichtet und von einem höheren Beamten der dänischen Staatsbahnen bestätigt, daß geradezu ungeheure Mengen von Waren aus Deutschland nach Rußland und England über Dänemark und Schweden befördert würden. Die dänische Staatsbahn ist infolge dieses Transitverkehrs so vollausgeschliffen, daß die Beamten länger als gewöhnlich und angestrengter arbeiten müssen. Besonders seien eine Zeitlang ganze Eisenbahnzüge voller Dreiwagen nach Rußland gegangen. In Dänemark und Schweden — sicher auch in Norwegen — befinden sich eine ganze Anzahl deutscher und russischer Agenten, die gegenständig Geschäfte abschließen. Die Waren werden natürlich zuerst an dänische oder schwedische Firmen adressiert, aber von diesen gleich weitergeschickt. Und wenn dann ein Tag so recht „fett“ gewesen war, kann man sie sicher abends beim Champagner finden — natürlich hier nur nationalerweise — wo sie sich Patriotismus antrinken und patriotischen Madras machen, wie kürzlich in einem vornehmen Kopenhagener Hotel, so daß die einheimischen Gäste nicht allein protestieren, sondern auch, angeleitet von diesen Gejellen, das Lokal verlassen. Patriotische Lieber, wie „Die Wacht am Rhein“, „Deutschland, Deutschland über alles“ usw. aus solchen Mäulen und in einem neutralen Lande gesungen, dessen Gastfreiheit sie benutzen, um täglich ihr eigenes Vaterland zu verraten, indem sie mit den Feinden desselben Geschäfte, verbottene Geschäfte machen, das ist eine Gemeinheit, für deren Charakterisierung die deutsche Sprache einfach verjagt.“

Wir sind auch der Meinung, daß die deutsche Sprache zu arm ist, um ein solches Gebaren so zu kennzeichnen, wie man es tun müßte. Deshalb begnügen wir uns damit, es hier einfach zu registrieren. Man könnte allerdings in die Zuverlässigkeit des Kopenhagener Korrespondenten Zweifel setzen. Leider liegen aber noch andere Zeugnisse vor, die für das tatsächliche Bestehen eines solchen schmachtvollen Handels sprechen. Es sind ja schon wiederholt an solche Warnungen vor solchen Lieferungen an die deutsche Industrie ergangen. Zum Ueberfluß hat eine Vorstandssitzung des Vereins deutscher Werkzeugmaschinenfabriken, die sich kürzlich mit der Angelegenheit beschäftigte, festgestellt und zugegeben, daß tatsächlich nach Ausbruch des Krieges ganze Eisenbahnzüge mit Werkzeugmaschinen über die skandinavischen Länder nach Rußland und England abgegangen sind, und zwar hauptsächlich solche Maschinen, die zur Herstellung von Kriegsmaterial dienen. Der Vorstand erklärte allerdings zugleich, daß nicht die Fabrikanten, sondern Zwischenpersonen an der unpatriotischen Handlung die Schuld tragen. Das ist auch anzunehmen. Es fragt sich nur, ob die Fabrikanten ob so außergewöhnlicher Aufträge nicht stuhig werden müßten. Doch kommt es darauf in diesem Zusammenhange gar nicht an. Fest steht, daß aus Deutschland dem Feinde wichtiges Kriegsmaterial zu hohen Preisen geliefert worden ist. Der hohe Gewinn lockt eben mehr als alle amtlichen Mahnungen fruchten und alle Drohungen schrecken. Wie zitiert doch Marx im Kapital! „Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; zwanzig Prozent, es wird lebhaft; fünfzig Prozent, positiv waghalsig; für hundert Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; dreihundert Prozent, und es ergißt kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens.“ Wie die Erfahrungen der letzten Monate lehren, ist diese Kennzeichnung für einen Teil des Kapitals und der Kapitalisten durchaus treffend. Erfreulicherweise aber nicht allgemein. Wir dürfen überzeugt sein, daß die übergroße Mehrheit der Kapitalisten solche Auswüchse ebenso entschieden verurteilt und bekämpft wie wir. Es wäre ja auch traurig, wenn es anders wäre.

Das „Hamburger Echo“ auf dem Holzwege.

Das „Hamburger Echo“ fühlt sich getroffen durch unsern Artikel über „Voreilige Unfertigkeit“ in Nr. 6 des „Proletariats“. Der Artikel richtete sich gegen Ausführungen in einem Artikel, den Genosse Kummer in der „Metallarbeiterzeitung“ veröffentlicht hatte. Das „Hamburger Echo“ erwähnten wir darin nur ganz nebenher, und nur, um auf die überraschende

Tatsache hinzuweisen, daß eine angesehenere sozialdemokratische Tageszeitung jetzt als furchtbar neue Weisheit wertet, was sie vor dem Kriege nur als abgetretene Moralpredigt einschätzte. Das „Echo“ beantwortet diesen Hinweis mit der Behauptung, wir hätten den Genossen Kummer mißverstanden. Es schreibt:

„Der „Proletariat“ gibt selbst zu, daß außer ihm noch kein Gewerkschaftsblatt zu dieser Auffassung des Artikels von Kummer gelangt ist. Wir können hinzufügen, daß auch die politische Arbeiterpresse mit ganz wenigen Ausnahmen dieselbe Haltung eingenommen hat. Das Gros der Arbeiterpresse hat sich nämlich an das gehalten, was Genosse Kummer wirklich schrieb, nicht an die aus dem Zusammenhang gerissenen Zitate, an die sich das Organ der Fabrikarbeiter in trautem Verein mit der bürgerlichen Presse hält. Vor allem wird dabei verschwiegen, daß Kummer den Aufsatz der deutschen Arbeiterklasse, den er gegenüber den ausländischen Verleumbdern Deutschlands ins rechte Licht setzt, als ein Verdienst der organisierten Arbeiterschaft wärbig.“

Es lohnt sich, die Richtigkeit dieser Sätze einzeln nachzuprüfen. Zunächst der erste Satz: „Der „Proletariat“ gibt selbst zu, daß außer ihm noch kein Gewerkschaftsblatt zu dieser Auffassung des Artikels von Kummer gelangt ist.“ Das ist nicht wahr! Wir haben lebhaft festgestellt, daß die arbeiterfeindliche Presse das Schweigen der Gewerkschaftsblätter als Zustimmung ansieht. Tatsächlich ist diese Auslegung natürlich völlig unberechtigt. Wenigstens würden wir uns mit aller Entschiedenheit dagegen verwahren, wenn man etwa unsere Zustimmung annehmen würde zu allen Artikeln des „Hamburger Echo“, die wir schweigend übergehen. Uebrigens stehen wir mit unserer Beurteilung der kummerischen Ausführungen in der Gewerkschaftspresse nicht mehr allein. Ein Gewerkschaftsblatt sogar weit größer als wir, denn es nennt Kummer einen „modernen Geißelbruder“.

Uebrigens können wir dem „Hamburger Echo“ mitteilen, daß uns zu dem Artikel zahlreiche Zustimmungsschreiben aus allen Teilen Deutschlands und auch aus den Schützengraben zugegangen sind. Aus einer dieser Zuschriften, die uns aus Stuttgart zugegangen, wollen wir hier einige Sätze zitieren:

„Es ist für manche ein Kummer, wie dieser Kummer sich geändert hat.“ Vor einigen Jahren ging er mit Westmeyer durch die und dünnt, ließ sich von diesem in alle Versammlungen herumschleppen und wurde als Muster eines hart gebliebenen Gewerkschaftlers hingestellt. Aber so geht's! Es ist uns ja nicht der erste, der aus einem Extrem ins andere fällt.“

Nun der zweite Satz: „Wir können hinzufügen, daß auch die politische Arbeiterpresse mit ganz wenigen Ausnahmen dieselbe Haltung eingenommen hat.“ Das heißt, sie hat, mit ganz wenig Ausnahmen, auch geschwiegen, und das „Hamburger Echo“ legt das „im trauten Verein mit der bürgerlichen Presse“ als Zustimmung aus. Wie sehr es damit auf dem Holzwege ist, hat es inzwischen vielleicht daraus ergeben, daß zahlreiche Parteiblätter — darunter einige der größten und angesehensten — unsern Artikel ganz oder im Auszuge wiedergegeben und teilweise sich noch ausdrücklich unserer Auffassung angeschlossen haben.

Der dritte Satz: „Das Gros der Arbeiterpresse hat sich nämlich an das gehalten, was Genosse Kummer wirklich schrieb, nicht an die aus dem Zusammenhang gerissenen Zitate, an die sich das Organ der Fabrikarbeiter in trautem Verein mit der bürgerlichen Presse hält.“ Diese Behauptung können wir mit der kurzen Feststellung erledigen, daß wir kein Zitat, sondern einen ganzen Abschnitt mit selbständiger Ueberschrift aus den kummerischen Artikeln abgedruckt haben. Jedoch müssen wir hier noch einige Bemerkungen anfügen. Die bürgerliche Presse hat tatsächlich die Ausführungen Kummer's gekürzt und entstellt wiedergegeben. So haben zum Beispiel die „Hamburger Nachrichten“ in dem ersten von uns angeführten Absatz den wichtigen Zwischenatz: „wenn unser Heimland ohne die Werkkraft des liberalen Rufes diesen furchtbaren Krieg durchleben muß“ fehlen lassen. Zweifelloch, weil es als bismarckisch-domestisches Blatt dem liberalen Ruf keine besondere Werbelast zutraut. Wir haben diesen Satz natürlich nicht fehlen lassen. Im zweiten Absatz fehlt in den „Hamburger Nachrichten“ und in andern bürgerlichen Blättern der Hinweis, daß nirgends „der besessene, kulturverleumdende Einfluß der organisierten Arbeiterklasse“ so allgemein zu spüren sei wie in Deutschland. Daß die arbeiterfeindliche Presse diesen Satz fehlen läßt, ist natürlich eine journalistische Ungeheuerlichkeit, erklärt sich jedoch aus ihrer Stellung zur organisierten Arbeiterschaft. Wir haben diesen Hinweis des Genossen Kummer selbstverständlich nicht fehlen lassen.

Vom dritten Absatz, der den Einfluß der Arbeiterorganisationen noch unterstreicht, brachen die „Hamburger Nachrichten“ und andre bürgerliche Blätter gar nur den ersten Satz, um dann gleich den letzten Absatz anzuhängen. Selbstverständlich haben wir uns eine so verwerfliche Art des Zitierens nicht zu eigen gemacht, sondern den ganzen Absatz wiedergegeben. Damit erledigt sich zugleich der Schluß der oben aus dem „Echo“ wiedergegebenen Ausführungen.

Das „Hamburger Echo“ hat also wirklich kein Recht, uns nachzusagen, wir hätten uns „in trautem Verein mit der bürgerlichen Presse“ an aus dem Zusammenhang gerissene Zitate. Das Recht hätte es durchaus, wenn wir etwa nach den „Hamburger Nachrichten“ zitiert und unsre Folgerungen an die so verballhornten Ausführungen geknüpft hätten. Denn was bei der bürgerlichen Presse in diesem Falle nur grobe

Feldpostbriefe von Verbandskollegen.

Den folgenden Brief erhielt Kollege Bach, Plauenischer Grund, von einem Kollegen der Jagdstelle:

„St.-M., den 24. 10. 1918.
 Mein lieber Freund!
 Ich bin so gern, so gern daheim! heißt es in einem alten Volkslied. Doch wie hier es so viel Berührungspunkte gibt wie heute, wo wir schon wochenlang mit dem Gegner herumkämpfen und noch nicht wissen, was die Zukunft bringt. Ich will heute versprechen, dir hier einen Rückblick über das bis jetzt Geschehene zu geben.
 Am Donnerstag, den 13. August, verließen wir Dresden. Nach zwei vollen Tagen wurden wir in E. angelangt. Eine Woche Marsch schloß sich an. Dabei hatten wir schon einige kleine Entbehrungen. Am Mittwoch überforderten wir die belagerte Gegend, und damit kamen wir unsern Feind in Deutschland. Gleich am Morgen, als wir in einem Orte Landwehr besetzen wollten, erglöhete uns Feuer von Bewehrungen des Ortes. Uns allen schloß das Herz jämmerlich, als wir das erstmal die Rufe zur blutigen Tat gekannt hatten. Die Häuser wurden geräumt, alle männlichen Personen verhaftet und die Häuser, aus denen geschossen war, wurden in Brand gesetzt. Dieses Schauspiel wiederholte sich sehr oft. Sonntag erreichten wir die Kampflinie. Schon gegen 1/2 Uhr brachen wir auf. Die Tagesmarchen hatten wir schon 10 bis 12 Kilometer hinter uns. Die Sonne schloß sich langsam am Himmel. Die plötzliche lebhafte Gewehrfeuer vor uns. Alle glaubten es mit einem Augenblick berührter Truppen zu tun zu haben. Aber bald sollten wir über unsern Feind angefallen werden. In E. hatten sich die Bewehrungen gesammelt und uns gegenübergestellt. Hier „a wir das erste große Gefecht des Kampfes; es ging über uns hinweg und wie Pferde. Alle Häuser waren in Brand gesetzt. Hier muß man die Bewehrungen bei ihrer schrecklichen Arbeit, dort auch man wie Kanonen geschossen, währenddessen fallen die bewehrten Häuser in sich zusammen. Diese Gewehrfeuer lagen am Tage. Das noch am Abend war, wurde gefangen genommen, was sie denn für ihre Freiheit zu tunen. Nach einer Pause befand sich dort. Da wurden wieder zu Gruppen, nach Schütz, nach Leber hat er nur zu recht. Der letzte ist alle Hände voll macht die Bewehrungen zu haben. Gegen Mittag hatten wir die Schützlinie erreicht. Lediglich ging schon bei dem furchtbaren Marsch Schuß für Schuß unsern Bewehrungen gegen die feindliche Stellung ab. Wir gingen noch Mittag offen, was, wobei bemerkend, den meisten nicht mehr recht schmecken wollte. Den Grund vom Sonntag haben noch niemand verstanden, was was in Laufe des Tages beobachtet, was man. Das es um besser als wir dachten. Gegen Abend hatte der Gegner die Stellung endgültig geräumt, und ohne großen Kampfesverlust nahmen wir den Marsch wieder. Rechts 1/2 Uhr wurde unser Regiment über die Marsch geführt. Die Marsch ist nicht so ganz wie die alte. Auf jeder Straße jeweils des Feindes schlugen wir für einige Stunden unser Lager auf. Ein Tag, den ich diese Nacht hatte, ist mir heute noch in Erinnerung. Ich erinnere, ich sei daheim in meiner kleinen Kammer. Wie wird ich erwidert, als mich das Kommando „Auf“ aus meinen Träumen erweckte, und ich mich leber nicht daheim, sondern auf

rauhem Kriegsfelde befand. Es war nur gut, daß es noch Nacht war, damit man mein verzagtes Gesicht nicht sehen konnte. Bis gegen Mittag gehen wir unsern Vormarsch fort. Dann wurden wir zur Bedeckung unserer Artillerie abkommandiert. In der Nähe von B. lag eine feindliche Division. 17 Schuß unserer Artillerie hatten genügt, dieselbe zum Schwärzen zu bringen. Die weiße Fahne wehte in allen Ecken des Dorfes. 8000 Mann ergaben sich uns. Wir waren stark: 3 Geschütze, 2 Kompanien. Groß war die Beute: 2000 Pferde, 500 Autos, viel Lebensmittel, 1000 Gewehre und sonstige Waffen. Unsere Kompanie blieb als Bewachung der Kriegsbeute zurück. 14 Tage lebten wir in B. auf Kosten der Einwohner, die jedesfalls noch waren, daß ihre Heimat nicht dem Erdboden gleichgemacht wurde. Wir wurden von Landsturmmännern abgelöst, und man geht es, unser Regiment wieder zu erreichen. Acht Tage Marsch waren nötig, um wieder in die Schützlinie zu kommen. Hier beginnt man eigentlich für uns erst unsere kriegerische Tätigkeit. Schon auf dem Marsche zeigten sich die Spuren des Krieges an allen Ecken. Von Zeit zu Zeit fanden reichlich und links Holzkreuze, die uns jagten, daß hier Kameraden von uns fern von den Feiern in kalter Erde ruhen. Die Gräber wurden immer zahlreicher, hauptsächlich bei H. Hier hatte die Garde den Ort viermal gestürmt, ehe er in unsern Besitz war. Ganze Dörfer waren durch Feuer dem Erdboden gleichgemacht. So ein Grenzort von B. lag, wo von 300 Häusern noch acht bewohnbar waren. Wir lagen in der Kirche. Eine Schar Männer, die zur blutigen Tat ausgerufen, unmittelbar der heiligen Bilder und geweihten Sachen! Nichts Heiliges gibt es mehr! Gegen Mittag des nächsten Tages gehen wir unsern Fuß auf Frankreichs Boden. Mit einem raschen Schritt nach der Leber Heimat ging es rasch in Feindesland hinein. Hier dasselbe Bild der Verwüstung. In A., einem kleinen Städtchen, war fast alles der Erde gleichgemacht. Nur noch die Grundpfeiler zeigten von früherer Pracht und Herrlichkeit. Die Artilleriegeschütze hatten hier ein ungeheures Zerstückungswort vollbracht. Auf unsern weiteren Vormarsch haben wir ganze Kolonnen ausgesetzter Einwohner. Auf allen Geschütern der Front der Stände. Ueberwiegend machen sie uns Platz. Es waren meist Kinder und Frauen. Ihre wenigen Besesslichkeiten hatten sie in Kinderwagen gepackt, wenn nicht auch noch ein Säugling liegt. Alle hoffen ihre Heimat noch anzutreffen. Doch ein großer Teil wird statt der Wohnung einen eben Trümmerhaufen finden. So vor B. lagen noch Freunde und Gläubigen, sind heute Staub, Rot und Asche. Müde regt sich bei uns, daß Müde darf der Krieger nicht kennen, gilt es ja noch Schwereres zu überleben. Je näher wir der Kampflinie kamen, desto mehr zeigten sich die Spuren. Besessene kamen in großer Anzahl.
 Am Sonntag erreichten wir unser Regiment. Groß war die Freude, als wir diesen und jeden Freund wieder die Hand reichen konnten. Aber mancher mußte auch das harte Wort „tot“ oder „verwundet“ hören, wenn er noch einem guten Bekannten fragte. Hier habe ich auch das letzte Mal Gimmert gesprochen. Drei Tage später trat ich schon das Blei, an dessen Folgen er leber gestorben ist. Das erstmal wurde hier Feldpost an uns verteilt. Ich erhielt als erste Nachricht aus der Heimat Deine liebe Karte. Am nächsten Tage begann auch meine kriegerische Tätigkeit. Schon früh am Morgen rücken wir nach unser Stellung, vorläufig in B. Am Abend lagen wir, rechts von uns stand eine kleine Gesundheitsbatterie. Im

Grunde standen die Königsberger Mörsergeschütze, 21 Zentimeter Kaliber. Schuß für Schuß sauste durch die Luft. Wie ein dahinjagender Schnellzug hörte es sich an. Gegen Mittag kam unsre Feldküche. Wir waren gerade beim Hasen des Feindes, als mehrere Granaten und Schrapnells unter uns einschlugen. Alles sprang auseinander. Doch nur kurze Zeit, und die Ordnung war wieder hergestellt. Leider hatten wir einen Toten und mehrere Verwundete. Dem ersten Toten gaben wir auf dem Friedhof des nächsten Ortes die letzte Ehre. Am Dienstag ging es in den Schützengraben. Hier kamen die schlechtesten Stunden des ganzen Krieges bis jetzt. (Die folgenden Schilderungen aus der Gefechtslinie sind von der Penur aus ähnlichen Gründen gestrichen. D. Red. d. „Frol.“)
 Vergleiche manchen Fehler in diesem Schreiben, in aller Eile habe ich ihn im Schützengraben geschrieben. Von Zeit zu Zeit senden die Gegner Briefkarten an uns.
 Es grüßt Dich und Deine Familie sowie alle Kollegen herzlich
 Guer R. G.

Ein Tag. Stubendienst in Feindesland.*

Es mange Dag of noch so swör, So is of mol en goden dor. Ja schilder juch nu mol ion Dag, Wo id den Stubendienst heb hatt. Freuh morgens, gegen halb acht, Dor stum id op, ganz lies un fah, Un muß nu fink dat Frier anmolen, Un vor uns Krieger Kaffee tolen. Ja fet den Ammer op mit Water, Kiel no mien Talschenregulator, Dat feener mit de Tid verflopt, Denn egen acht, dor müd id op. Zwintien hol id Water ran, Dormit id jeder wachen kann. Dann stell id Kaffee op'n Tisch, He rist appetitlich, sien un frisch, Un weder kiel id no mien Kiof, Verdori jo, se müd jo op! „Ophtohn! Ward Tid!“ roy id jem to, Un langlam krupt se rut ut Stroch, Denn fet id Bud und Tisch heran, Dormit id jeder sitten kann. Un hebbt se Kaffee drunten, dann Stid jeder wa to imden an. Un nu godt all mit frohem Sinn No untern „Arbeitsnomies“ hin. Als Stubendienst mit frischem No: Rum op un seg id ut de Vod. De Tid is dorbi reich verstreten.
 * Das Gedicht ist von einem Mitgliede uniers Verbandes dem „Hamburger Echo“ zur Veröffentlichung eingeandt worden.
 Um twolf hol id dat Mittageten, Als Arsen, Bohnsupp, Riez mit Speck, Min Nees neigt förmlich um die Ed. Doch imeden deit dat ganz famos, Wat über blist, kriet de Franzos, Dat heet, rich he, hi fru un Kind, De uns dorfor sehr dankbar sind, Und no 'n Dinee, heun pug id fein, De Getenschobdels blant un rein, Doch fertig bin id bald, im Nu Beeg id mit dohl to Mittagstrub, Fria of dat „Echo“ her und les, Wie't mit den letzten Sieg is weß, Un wie die Arbeitslosigkeit In unse keuwe Heimat sieht. Klof beer ward endlich Wesper moft, Bit de Tid heb id Kaffee tolt. Un to Klof id sich id mit an Un hol de Lebensmittel ran, Brot, Smolt, manchmal sogar of Schinken, Sigarr'n un of wofl Röm to drinlen. Tee mut id dann un ibden tolen, Un lann dann endlich Fieroben molen. So is min Dagwart denn vollbracht, Um neegen geht to Fall. God'n Nach!

Journalistische Ungehörigkeit ist, wäre für ein Arbeiterblatt eine geradezu fandaalische Handlung. Das „Echo“ hätte uns also schelten dürfen nach Herzenslust, wir hätten geschwiegen im Bewußtsein unserer Schuld.

Doch nein, das „Echo“ hätte auch dann noch nicht das Recht, uns zu schelten. Denn es hat gerade das getan, was es uns zu unvornehmlich, was wir aber nicht getan haben und auch nicht tun werden. Das „Hamburger Echo“ hat Kummer nach den „Hamburger Nachrichten“ glitzern, ohne die unterliegenden Stellen mit zu berücksichtigen, ohne auch nur darauf zu verweisen, daß die wichtigsten Sätze Kummer fehlen. Das „Hamburger Echo“ hat sich also, in trautem Verein mit der bürgerlichen Presse, an „aus dem Zusammenhang gerissene Zitate“ gehalten. Es hat ferner von diesen von der bürgerlichen Presse zurechtgestrichenen Zitaten geschrieben, sie enthielten „mehr Wahrheit, als was an Weisheit von einem Väterbüchlein internationaler Theoretiker“ in letzter Zeit bezapft worden sei. Das „Hamburger Echo“ hat sich nicht einmal die Mühe genommen, nachzusehen, was Kummer wirklich geschrieben hat, so sehr imponierten ihm schon die freistehenden Auszüge der „Hamburger Nachrichten“. Und dann predigt es uns, wir sollten uns nicht an Zitate der bürgerlichen Presse halten. Fürwahr, ein so großes Maß von, sagen wir einmal ganz gelinde und bürgerlich, Unvorsichtigkeit in der Polemik ist uns in der Arbeiterpresse noch nie und in der arbeitserfreundlichen Presse noch nicht oft vorgekommen.

Das „Echo“ ermahnt uns dann zu der kameradschaftlichen Pflicht, gegnerische Angriffe gemeinsam abzuwehren. Diese Mahnung stimmt uns beinahe heiter. Das „Echo“ hat nämlich die gegnerischen Angriffe nicht nur nicht abgewiesen, sondern es hat diesen Angriffen durch die starke Unterstreichungen der zurechtgestrichenen Zitate aus Kammers Ausführungen erst noch Gewicht gegeben. Für diese Art, gegnerische Angriffe abzuwehren, erkennen wir eine kameradschaftliche Pflicht nimmermehr an. Es war bisher auch nicht Brauch in der Arbeiterbewegung, Streiche mit dem Gürtel zu parieren und dabei auch noch Solidarität zu fordern. Es scheint jedoch, als ob der Krieg manchen von uns eine neuartige Krankheit angestiftet hätte, die man „journalistischer Mafschismus“ nennen möchte, wenn der Ausdruck nicht gar so sehr gegen den guten Geschmack ginge.

am 1. August 1914 waren im Monat August 2000 und im Monat September 1600 Kollegen und Kolleginnen arbeitslos; außerdem waren circa 3000 Kollegen zum Heere eingezogen. Erst nach und nach besserten sich die Verhältnisse. Ein großer Teil unserer Verbandsmitglieder, die mit Schippe und Hade bisher schon gearbeitet hatten, gingen zu den Armerungs- und Sägarbeiten. Ein anderer Teil suchte und fand in den Vertrieben (Wirkel für Heeresbedarf) Zuflucht, so daß am Schlusse des Jahres die Arbeitslosenziffer bis auf 500, darunter 151 weibliche Mitglieder, gleich 3,28 Prozent, herabging. Hoffen wir, daß es nicht wieder schlechter wird.

Daß hierbei die Finanzen des Verbandes stark angegriffen wurden und Maßnahmen getroffen werden mußten, um den Anforderungen der Mitglieder auf die Dauer Rechnung zu tragen, war ganz selbstverständlich. Durch Einstellung der Krankenunterstützung mußte ein Teil von der Mehrausgabe eingepart werden, die dem Verbands durch die Unterstützung an ausgesetzte arbeitslose Mitglieder, die unbedingt notwendig war, erwuchs. Es war aber auch eine Notwendigkeit, für die Familien unserer zum Heeresdienst eingezogenen Kollegen zu sorgen, da hier in den ersten Monaten äußerst mangelhaft Sorge getragen worden ist. Infolgedessen blieben die Einnahmen hinter den Ausgaben zurück. Allein im dritten Quartal wurden, trotz Einstellung der Krankenunterstützung, für die Provinz Brandenburg circa 66 000 M. an Unterstufungen, darunter circa 48 000 M. für Arbeitslose und 4500 M. für die Familien unserer zum Heeresdienst eingezogenen Mitglieder, ausgegabt. Im vierten Quartal kamen circa 40 000 M. an Unterstufungen, darunter 28 500 M. für Arbeitslose, und für die Familien circa 13 500 M. zur Auszahlung. Außerdem zahlten die Lokalkassen noch an sonstigen Unterstufungen in den beiden Quartalen zusammen circa 15 000 M. an die Mitglieder aus. Es wird deshalb auch im Gau 3 niemand sagen können, der Verband hätte verjagt. Im Gegenteil, der Verband hat Bedeutendes geleistet und viele Not gemildert. Hätte der Verband hier verjagt, so wären die Not und das Elend weit, weit größer gewesen. Es sollten deshalb auch alle Mitglieder, die zurzeit einen angemessenen Verdienst haben, zur Stärkung der Hauptkasse gern und willig nicht nur die fälligen Beiträge bezahlen, sondern auch jede Woche einige der vom Vorstande herausgegebenen Extramarken kaufen, damit die Organisation die schwere Zeit ungechwächt überlebt.

Bei den Unternehmern haben wir während des Krieges nicht allzuviel soziales Empfinden bemerkt. In fast allen Orten, wo man bei Anfang des Krieges die Betriebe still legte und später wieder eröffnete, wurden die Arbeiter wohl eingestellt, mußten sich aber einen Abzug von 10, 15 oder auch 20 Prozent gefallen lassen. Vor allem waren es die Herren Ziegeleibesitzer, die mit Kohalürungen vorgingen. Hierunter befanden sich auch einige Firmen, die öffentlich sehr stark in „Kriegswohlfahrt“ machten. Wenn man auf der einen Seite Wohlstand erweist, sollte man das Lieber nicht durch Abzug von Löhnen bei seinen Arbeitern ausgleichen wollen! Erfreulicherweise können wir auch von Unternehmern berichten, die sehr einsichtig handelten. In mehreren Betrieben, wo infolge Materialmangels Arbeitsmangel vorhanden war, wurde umständig gearbeitet, so daß eine gleichmäßige Verteilung der Arbeitslast und des Verdienstes zu verzeichnen war. In verschiedenen Orten haben die Unternehmer auch die Familien unserer zum Heeresdienst eingezogenen Kollegen teils durch Geldbeiträge, teils auf andere Weise unterstützt. So zahlte die Starkefabrik in Brandenburg a. d. Havel, vorm. W. A. Scholten, den Familien pro Monat 8 M. In Gerswalde bezahlte die Linoleumfabrik pro Monat 5 M., in Fürstentum a. d. Spreewald die Chemischen Werke, in Firma Feder u. Zedler, pro Monat 8 M. und für jedes Kind 2 M. Die Gummi- und Gipsfabrik in Finstereichen (N.-L.) unterstützte die Familien mit 12 M. pro Monat, die Firma Bogdan, Delmühle, in Guben mit 10 M. pro Monat. Die Firma Köhler, Pappfabrik, gab pro Monat 3 M., die Degtinafabrik von R. Arndt in Neudamm bis zum 31. Oktober 20 M. pro Monat; vom 1. November an wird Feuerungsmaterial geliefert. Außerdem erhielt jeder beim Abgang zum Heeresdienst 6 M. In Dränburg zahlte die Chemische Fabrik vorm. Milch u. Ko. bis zum 1. Dezember pro Monat 6 M. und für jedes Kind 1 M., die Chemischen Werke vorm. Dr. S. Pyl einen Wochen- resp. einen Monatslohn, die Chemische Fabrik „Germania“ pro Monat 8 M. und für jedes Kind 1 M. In Wetz (Ostb.) zahlte die Densfabrik von Strunz pro Monat 5 M. und gibt Feuerungsmaterial, hat dafür aber den Kaufmann das Weihnachtsgeld, das zwischen 20 und 40 M. betrug, entzogen. In Wittenberge, Bezirk Potsdam, zahlen die Arbeitgeber der Seifenfabriken den Familien nach Belieben. Vorstehende Unterstufungen wurden von fast sämtlichen angeführten Firmen bis zum Jahreschlusse gewährt.

Trotz der ungünstigen Lage auf dem Arbeitsmarkt vor Ausbruch des Krieges war es uns im Gau 3 möglich, in einigen Saisonbetrieben Verbesserungen für unsere Kollegen und Kolleginnen zu erwirken sowie geplante Verschlechtigungen abzuwehren. Gemeldet waren 22 Lohnbewegungen in 11 Orten mit 711 Beschäftigten, darunter 75 Arbeiterinnen. Davon mußten infolge des Kriegsausbruchs sechs Bewegungen in drei Orten mit 214 Beschäftigten betragt werden. Von den weiteren 16 Bewegungen waren 10 Angriffsbewegungen in sieben Orten mit 284 Beschäftigten erfolgreich. Es wurde hierbei ohne Kampf eine Lohnaufbesserung von 15 671,76 M. pro Jahr erreicht. Außer dieser Lohnaufbesserung wurden noch sonstige Verbesserungen erreicht. Tarifverträge wurden drei abgeschlossen. Eine Angriffsbewegung mit 36 Beschäftigten ging verloren. Abwehrbewegungen waren vier in zwei Orten zu führen, wovon drei mit 119 Beschäftigten ohne Kampf zugunsten der Beteiligten beigelegt wurden. Mit einer Firma wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen. Bei einer Firma mit 22 Beschäftigten kam es zum Streik, der nach fünfwöchiger Dauer mit Erfolg für die Beteiligten beendet wurde.

Die Agitation im Gau brachte uns trotz intensiver Tätigkeit im Frühjahr keine Erfolge. Betriebs- und Mitgliederveranstaltungen waren wohl lediglich besetzt, aber ein Gewinn von Mitgliedern war nicht zu verzeichnen. Nur die darauf folgenden Hausagitationen hatten teilweise Erfolg und wären vielleicht noch erfolgreicher gewesen, wenn in der Provinz die Arbeitsverhältnisse vor Kriegsausbruch günstiger gewesen wären. Nach dem Kriegsausbruch wurde die Agitation vollständig lahmgelegt, weil ein großer Teil von Verwaltungsmitgliedern und agitatorisch tätiger Kollegen zum Heeresdienst eingezogen wurde und die Arbeitsverhältnisse äußerst ungünstig waren. Erst am Schlusse des Jahres war eine lebendige Tätigkeit bezüglich Agitation zu konstatieren, und darf man hoffen, daß dieselbe anhalt und gute Früchte trägt.

Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des Jahres 1913 15 588, darunter 1180 weibliche Mitglieder, und beträgt am Jahreschlusse 1914 10 823, darunter 1010 weibliche Mitglieder. Von den fehlenden 4745 Mitgliedern waren 3510 zum Militär bis zum Jahreschlusse eingezogen, von denen bereits 101 als gefallen gemeldet sind. Es verbleibt demnach ein Abgang von 1235 Mitgliedern. Davon sind 351 mehr abgereist, so daß 704 aus andern Gründen ausgeschieden sind. Zweifellos sind hier noch Kollegen dabei, die ebenfalls zum Militär eingezogen sind, sich aber, weil sie noch junge Mitglieder der Organisation waren, nicht abgemeldet haben. Manche werden auch darunter sein, die den Ausbruch des Krieges als günstige Gelegenheit benutzten, um aus der Organisation auszusteigen. Vielleicht haben dieselben nun, nachdem es zu spät ist, eingesehen, was für einen Fehler sie mit ihrem Austritt begangen haben. Die Beitragsleistung im Jahre 1914 zeigt selbstverständlich kein günstiges Bild, jedoch müssen die Einwirkungen des Krieges in Betracht gezogen werden. Pro Mitglied wurden im Jahre 1914 nur 45,93 Beiträge geleistet, gegen 46,85 im Jahre 1913.

Haben wir uns nun seit Jahren bemüht, bei der Agitation die uns gezogenen Grenzen nicht zu überschreiten, indem wir politische und religiöse Fragen vollständig in unsere Zusammenkünfte und Versammlungen fernhielten, so hatte jedoch der Polizeipräsident von Berlin seine eigene Meinung hierüber und erklärte im Monat April die Zahlstelle Groß-Berlin für politisch. Infolgedessen sollten das Statut und das Vorstandsmitgliederverzeichnis eingezogen werden. Da man sich nun keiner Schuld bewußt war, wurde hiergegen Widerspruch erhoben. Durch den Kriegsausbruch schienen wir uns aber gebessert zu haben, und so wurde durch unser Rechtsbeistand der Zahlstelle Groß-Berlin im September die Mitteilung, daß der Polizeipräsident seine Verfügung vom 1. April 1914 infolge des Krieges zurückzieht. Hiermit hätte also diese Angelegenheit ihre erledigung gefunden.

Zum Schlusse wollen wir noch der Hoffnung Ausdruck geben, daß das Jahr 1915 ein besseres werden möge zum Wohle aller unserer Kollegen und Kolleginnen. Due deshalb ein jeder an seinem Plaze seine Pflicht und Schandigkeit und Sorge für die Stärkung des Verbandes bei. Allen Widerwärtigkeiten zum Trotz soll und muß unsere Parole lauten: Vorwärts, trotz alledem und allem! Emil Bennewitz.

Berichte aus den Zahlstellen.

Berlin. Betrachtet man die beiden ersten Quartale des Jahres 1914, dann kommt man zu der Ansicht, daß wir uns im Zeichen einer schließlichen Krise befinden. Langsam, aber stetig stiegen die Gesamtziffern der Arbeitslosen. Verkürzte Arbeitszeit in einigen Betrieben, mehr als wenig Unternehmungslust auf dem Baumarkte waren untrügliche Vorboten einer zu erwartenden großen Arbeitslosigkeit. Daß solche Voraussetzungen nicht sonderlich günstig für unsere Tätigkeit sind, dürfte verständlich sein, und es ist deshalb auch erklärlich, daß wir nur von wenig geführten Lohnbewegungen berichten können.

Es wurden im ersten und zweiten Vierteljahr vier Bewegungen geführt, welche für 77 Personen eine Lohnerhöhung von 91 M. pro Woche, neben Verbesserung des Arbeitsverhältnisses (Urlaub, Lastschonung usw.) brachten. Abgewehrt wurde durch einen sechswoöchigen Streik eine Lohnkürzung von 6 bis 8 M. pro Woche für 22 Personen. Mit Ausbruch des Krieges mußten vier weitere Bewegungen, welche für 218 Kollegen und 54 Kolleginnen Lohnaufbesserungen forderten, abgebrochen werden.

In den ersten Kriegswochen schnellten die Ziffern der Arbeitslosen ganz gewaltig in die Höhe, erreichten nach vier Wochen ihren Höchststand, um dann allmählich wieder herunterzugehen. Am Schlusse des Jahres hatten wir weniger Arbeitslose, als unter normalen Verhältnissen. Besonders stark sind die weiblichen Mitglieder arbeitslos geworden und auch geblieben. Eine Illustration gibt die nachstehende Tabelle:

Arbeitslos waren in der	insges.			insges.			
	männl.	weibl.	Mittel.	männl.	weibl.	Mittel.	
30. Woche	218	5	223	42. Woche	360	101	461
31. "	204	6	210	"	298	103	402
32. "	420	31	451	"	280	110	390
33. "	500	97	597	"	190	91	281
34. "	550	100	650	"	164	88	252
35. "	590	122	712	"	132	81	213
36. "	584	124	708	"	121	72	193
37. "	571	180	751	"	110	66	176
38. "	584	128	712	"	101	67	168
39. "	520	121	641	"	97	65	162
40. "	474	110	584	"	77	63	140
41. "	467	104	571				

Zu diesen völlig Arbeitslosen kamen aus einer Reihe von Betrieben noch solche Mitglieder, die zum Teil wesentlich verkürzt oder aber, wie zum Beispiel in der chemischen Industrie, nur vier Tage beschäftigt waren. Diesem Umstand zufolge wurden, von Ausnahmen abgesehen, in den meisten Fällen die Wochenlöhner auf Stundenlohn gestellt. Weisache bis Weihnachten mußte ein Teil unserer Mitglieder mit solcher verkürzter Arbeitszeit rechnen, ehe es gelang, die reguläre Arbeitszeit wieder zur Einführung zu bringen, oder doch wenigstens fünf Arbeitstage festzusetzen.

Namentlich in der chemischen Industrie wurde diese Belastung äußerst schwer von unsern Mitgliedern empfunden, erhalten sie doch meist nur sehr geringen Lohn, der in keinem Verhältnis zu den Gewinnen der Betriebe steht. Als Ursache dieser Betriebsbeschränkungen wurde Mangel an Rohstoffen und Miththeranbringung von Rohstoffen genannt. Mittlerweile ist durch bedeutende Einberufungen zum Heeresdienst die Zahl der Arbeitskräfte reduziert, und dürfte wohl auch noch eine teilweise Hebung der andern Schwierigkeiten erfolgt sein, so daß in absehbarer Zeit die noch in den Betrieben vorhandenen wieder insgesamt voll beschäftigt werden dürften. Vielleicht ist auch der Umstand dafür bestimmend, daß jüngere, kräftigere Kollegen kurzerhand die Arbeit aufgaben und anderweitig zu besseren Löhnen Arbeit nahmen. In einigen Betrieben herrschte und herrscht ein direkter Mangel an Arbeitskräften, der sich auch kaum beheben dürfte, wenn nicht die Entlohnung durchgängig eine bessere wird.

Betriebsbeschränkungen, selbst Schließung von Betrieben, sind im besondern in der Papier- und Pappen-, der Wollschafflappaten-, der Magellana-, der Kunststein- und Blumen-, Wäster- und Federindustrie zu verzeichnen. Mittlerweile sind zwar einige Betriebe zur teilweisen Produktionsaufnahme übergegangen, doch noch immer liegt ein erheblicher Teil völlig brach. Wehnlich verhält es sich in der Isolationsindustrie. Unter Zugrundelegung der starken Beschäftigung in dieser Industrie im Jahre 1913 nahmen wir an, daß dieser Zweig von der Krise verschont bleiben würde. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Im zweiten Quartal 1914 erfolgten überall Arbeiterentlassungen resp. Arbeitszeitverkürzungen. Die Folge war, daß die Unternehmer diese Zeit ausnützten und teilweise recht erhebliche Miththeranbringungen vornahmen. In der Gummi-Industrie lag es durchgängig etwas besser. Ueber Arbeitsmangel wurde nicht geklagt. Namentlich die Schlauchfabrikation florierete. Die Pneumatikarbeit erfuhr in einigen Betrieben eine wesentliche Erweiterung. In enger Beziehung mit dem Dankeberlegen der Elektroindustrie steht es, daß die Gummiabriken dieser Industrie durchgängig beschäftigt wurden.

Erklärlich ist es, daß beim Kriegsausbruch sich eine starke Unruhe bei den Unternehmern dieser Branche bemerkbar machte. Einige kleinere Betriebe stellten die Produktion ganz ein, einige andre verkürzten die Arbeitszeit. Entlassungen in größerem Umfange wurden nicht vorgenommen. Eine mittlere Fabrik verlängerte sogar die wöchentliche Arbeitszeit um eine Stunde. Durch unser Eingreifen wurde diese Maßnahme rückgängig gemacht. Durch die Beschlagnahme des Rohgummis ist die Situation für die Unternehmer außerordentlich schwierig geworden. Privataufträge können nur in ganz beschränktem Maße ausgeführt werden. Auf der andern Seite laufen die Unternehmer Gefahr (falls sie nicht mit Militäraufträgen einigermaßen bedacht werden), bei event. Verkürzung der Arbeitszeit die eingearbeiteten Kräfte zu verlieren. An Pneumatikarbeitern herrschte jetzt schon zeitweilig starker Mangel. Unter dem Druck dieser Verhältnisse sahen sich die Firmen gezwungen, die oft recht bedauerlichen Einstellungsabläufe zu erhöhen. Nachdem wir jetzt einen einigermaßen klaren Ueberblick haben, glauben wir annehmen zu dürfen, daß die Organisation in dieser Branche, wenn nicht unvorhergesehene Dinge eintreten, durch den Krieg nicht allzu sehr geschwächt wird.

Im allgemeinen ist der Verlust von Mitgliedern (Fahnenluft) geringer, als angenommen wurde. Um eine Orientierung zu ermöglichen, bringen wir die diesbezüglichen Angaben über Ein- und Austritte, Einnahmen und Ausgaben der Jahre 1913 und 1914.

	1913	1914
Austritte und Uebertritte	2207	1259
Zugereit	2297	1880
Abgereist	337	175
Eingezogen	372	238
Mitgliederbestand	9037	2000
Einnahmen der Hauptkasse	185 511,10	154 557,68
Ausgaben der Hauptkasse	123 167,75	125 829,60
Einnahmen d. Lokalkasse zuzügl. d. Verbandes (1912: 46 988 M., 1913: 55 035,90 M.)	121 798,35	132 249,60
Ausgaben der Lokalkasse	66 762,45	87 091,29
Bestand	55 035,90	45 168,31

Von Ausnahmen abgesehen kann gesagt werden, daß die hiesigen Unternehmer den Frauen der Eingezogenen teilweise recht annehmbare Zuschüsse zu der staatlichen und kommunalen Kombattantenunterstützung gegeben haben und noch geben. Die Hauptkasse leitete bei zweimaliger Auszahlung an die Frauen der Kriegsteilnehmer 3860 M. Unterstufung. Die Lokalkasse für denselben Zweck zur Weihnachten 7842 M. Dazu kommen noch 729,70 M., welche aus der Lokalkasse den Arbeitslosen und Kranken als Extrainterstufung zu Weihnachten gegeben wurden. Wir gehen, wie schon gesagt, mit 6500 Mitgliedern in das neue Jahr und haben, incl. der vor dem Kriege eingezogenen Mitglieder, rund 2900 Kollegen unter den Fahnen. Unse Kassenzustände sind, wenn auch nicht glänzend, so doch annehmbar, und so hoffen wir, daß bei rege Mitarbeit aller zurückbleibenden Mitglieder es uns auch gelingen wird, allen an uns gestellten Ansprüchen gerecht werden zu können.

Unser Verband in der 28. Kriegswoche.

An der Verichterstattung für die 28. Kriegswoche haben sich 347 Zahlstellen beteiligt. Diese hatten zusammen am 1. August 183 225, am 13. Februar 114 783 Mitglieder. Von den fehlenden 68 442 waren 53 771 zum Kriegsdienst eingezogen, so daß ein tatsächlicher Verlust von 14 671 Mitgliedern (gegen 15 226 in der 27. Woche) zu buchen ist. Obwohl die Besserung nun schon einige Wochen anhält, scheint es doch noch gewagt, daraus zu folgern, daß nimmehr wieder ein Aufstieg in der Mitgliederzahl beginnt. Immerhin ist die Besserung bemerkenswert.

Die Arbeitslosigkeit ist weiter zurückgegangen. In den betreffenden Zahlstellen waren in der Berichtswochen noch 4624 Mitglieder arbeitslos. Das sind 3,9 v. H. Die Zahl der zum Kriegsdienst eingezogenen Kollegen ist weiter gestiegen. In den betreffenden Zahlstellen waren bis zum 13. Februar 53 771, gleich 33,6 v. H. der männlichen Mitglieder, eingezogen. Danach sieht jetzt mehr als ein Drittel unser Kollegen im Felde.

Wir lassen nimmehr die bisher geführte Tabelle, in der die Ergebnisse der Wochenstatistik auf den ganzen Verband umgerechnet sind, folgen.

Berichtsstag	Arbeitslos		Zum Kriegsdienst eingezogen	
	insgesamt	von je 100 Mitgliedern	insgesamt	von je 100 männlichen Mitgliedern
9. August	17 663	8,5	34 388	19,2
16. "	23 810	11,5	38 808	21,0
23. "	24 476	11,8	40 283	22,6
30. "	27 768	12,9	45 510	25,2
5. September	23 788	11,5	44 429	24,6
12. "	22 242	10,7	45 706	25,8
19. "	19 136	9,7	46 720	26,9
26. "	19 001	9,6	47 243	26,0
2. Oktober	17 329	8,3	48 875	26,4
9. "	13 711	6,6	49 117	26,6
16. "	18 326	6,4	49 809	27,3
24. "	12 421	6,0	49 843	27,3
31. "	10 995	5,3	51 166	28,2
7. November	9 233	6,3*	51 561	28,4
14. "	8 964	6,2	52 138	28,7
21. "	7 888	5,5	52 782	29,0
28. "	7 031	5,0	53 382	29,3
5. Dezember	6 966	5,0	54 428	30,0
12. "	6 176	4,4	55 025	30,6
19. "	6 320	4,6	55 189	30,7
26. "	6 103	4,3	55 101	30,6
2. Januar	6 580	4,8	57 170	31,4
9. "	6 192	4,5	57 264	31,5
16. "	5 719	4,3	58 611	32,4
23. "	5 409	4,1	58 450	32,1
30. "	5 952	4,5	60 032	33,2
6. Februar	5 340	4,1	60 089	33,2
13. "	5 180	3,9	60 976	33,6

Die erfolgte Wiedereinführung der Krankenunterstützung hat eine Verringerung der Berichtskarten notwendig gemacht. Wir bitten, für die Zeit nach dem 1. März nur noch auf den neu ausgegebenen Karten zu berichten. Gleichzeitig werden die Zahlstellen ersucht, trotz der durch den Fortfall der unbewegten Dauer für den Bezug der Aussteuerunterstützung erschwerten Kontrolle der Arbeitslosigkeit die Karten auch weiterhin sorgfältig auszufüllen und rechtzeitig abzugeben. Das durch diese Erhebungen gewonnene Material ist so wichtig, daß wir uns keine Mühe verdrücken lassen dürfen, um es möglichst vollständig zu bekommen.

Jahresbericht aus dem Gau 3 (Provinz Brandenburg).

Machte sich schon am Ende des Jahres 1913 im Gau Brandenburg die wirtschaftliche Krise in fast allen für uns in Betracht kommenden Industriezweigen bemerkbar, ja brachte uns der Anfang des Jahres 1914 weitere Rückschläge. Erst im spätem Frühjahr war eine minimale Besserung auf dem Arbeitsmarkt, besonders auch in der Ziegeleiindustrie, zu bemerken, die bis zum Ausbruch des Krieges anhält. In der chemischen Industrie, Gummi- und Papierfabrikation war der Beschäftigung von Anfang des Jahres an mittelmäßig, und nur die Federfabrikation scheint ein gutes Geschäft gemacht zu haben. Die Folgen der wirtschaftlichen Depression machten sich auch im Verbandsleben bemerkbar. Im ersten Quartal 1914 wurden aus der Hauptkasse 74 815,80 M. an Unterstufungen, darunter allein circa 35 100 M. an Arbeitslosenunterstützung im Gau ausgegabt. Im zweiten Quartal ging diese Summe bis auf 40 105,99 M. zurück, es kamen nur noch circa 11 000 M. für Arbeitslose zur Auszahlung. In beiden Quartalen wurden aus lokalen Mitteln noch rund 22 550 M. sonstige Unterstufungen gezahlt.

Waren die Arbeitsverhältnisse innerhalb der ersten beiden Quartale schon recht ungünstig für unsere Verbandskollegen, so erst recht nach Ausbruch des Krieges. Die Ton-, Ziegel- und Zementindustrie in der Provinz Brandenburg legte bei Ausbruch des Krieges größtenteils die Betriebe still; die Arbeiterchaft wurde entlassen. Auch in einigen andern Industriezweigen traten Störungen infolge Materialmangels ein, so daß die Arbeitslosigkeit sich sehr stark fühlbar machte. Bei einer Mitgliederzahl von 15 200

* Von der ersten Novemberwoche an ist der Prozentsatz der Arbeitslosen nach dem Mitgliederbestand am Berichtstage berechnet worden. Für die Wochen bis Ende Oktober ist er berechnet nach dem Mitgliederstand vom 1. August abzüglich der zum Kriegsdienst eingezogenen.

Offenbach. Der Anfang des Jahres 1914 stand im Zeichen des wirtschaftlichen Kampfes. In mehreren Betrieben hatten die Unternehmer versucht, Lohnabzüge vorzunehmen. Die Firma Hensburger in Weiskirchen hatte den Arbeitern den garantierten Stundenlohn entzogen. Verhandlungen verliefen resultatlos. Die Störungen im Wirtschaftsbetriebe veranlaßten die Arbeiter, von einem Kampfe abzusehen. Die Firma Kohl u. Wengert, die den Verband schon so viel beschäftigte, machte bedeutende Lohnabzüge. Mehrere Verhandlungen blieben erfolglos. Die Arbeit wurde am 6. Februar eingestellt. Es wurde alles unternommen, um eine Einigung herbeizuführen. Zugeständnisse konnten nicht erzielt werden. Die Firma konnte auf ihrem hartnäckigen Standpunkt beharren, da die Arbeitsplätze durch Streikbrecher besetzt waren. Am 28. März wurde der Streik beendet. In den Steinbrüchen veranlaßten die Unternehmer Verschlechterungen einzuführen. Bei der Firma Kosselle wurde durch Anschlag kurz erklärt; die garantierten Stundenlöhne sind aufgehoben. Es wurde versucht, den Anschlag rückgängig zu machen, aber ohne Erfolg. Bevor die Verwaltung es versuchen konnte, legten die Steinbrücker die Arbeit nieder. Eine darauffolgende Steinbrücker-Versammlung stellte den Antrag, die Arbeitsverhältnisse durch Tarif in allen Steinbrüchen zu regeln. In Verbindung mit dem christlichen Verband wurde an alle Unternehmer ein gemeinschaftlicher Tarif eingereicht. Sechs Unternehmer hatten ihre Zustimmung zum Tarif gegeben. Die Firma Kosselle lehnte jedoch jedes Entgegenkommen ab. Daraufhin legten sämtliche Arbeiter bei dieser Firma die Arbeit nieder. Die Bürgermeisterei von Dietesheim wurde sofort von uns zur Vermittlung angerufen. Der Herr Bürgermeister gab sich sehr viel Mühe, um eine Einigung herbeizuführen. Mehrere Verhandlungen wurden nach der Bürgermeisterei einberufen. Die Firma Kosselle war zu Zugeständnissen nicht zu bewegen. Mit sechs Unternehmern wurde eine tarifliche Vereinbarung erzielt. Der Friede währte auch da nicht lange. Es wurde uns mitgeteilt, daß Steine für die Firma Kosselle geliefert wurden. Als dies festgestellt war, konnte die Organisationsleitung nicht anders handeln, als die Arbeit in allen Betrieben niederlegen zu lassen. Auf beiden Seiten wurde der Kampf erbittert geführt. Nach achtzehntägigen Kämpfen fand am 15. Juli vor dem großherzoglichen Gewerbegericht für den Landbezirk des Kreises Offenbach eine Verhandlung statt. Die Unternehmer mußten Zugeständnisse machen. Die Einigkeit der Arbeiter siegte. Durch Vertrag wurden die Stundenlöhne garantiert, auch Maßregelungen dürfen nicht vorgenommen werden. Bei Ausbruch von Differenzen darf eine Betriebsstörung nicht vorgenommen werden, bevor die Schlichtungskommission angerufen wurde.

Am 20. April traten die Kollegen bei der Firma Hensburger in den Streik. Der Kampf währte zwei Tage. Verbesserungen wurden erreicht. Kleinere Differenzen bei Reich u. Goldmann konnten durch Verhandlungen beigelegt werden. Insofern legten die Arbeiter wegen Nichtzahlung von Prozenten am 2. Juli die Arbeit nieder. Von der Verbandsleitung wurde die Arbeitsniederlegung getadelt. Durch Verhandlungen konnte dieser Kampf sofort beendet werden. Die verweigerten Prozente wurden bezahlt. In der Klein-Augeimer Gummiwarenfabrik war auch ein kurzer Streik ausgebrochen. Durch sofortiges Eingreifen des Verbandes wurde auch dieser Kampf beendet. Der Streik dauerte nur einen Tag. Weitere Differenzen mußten bei Ausbruch des Krieges zurückgestellt werden. Es trat der Bürgerkrieg ein. Einzelne Unternehmer benutzten jedoch den Ausbruch des Krieges und nahmen Lohnzurücklagen vor. Auch einige Steinbrücker hielten sich nicht an die Abmachungen.

Der Krieg hat die Tätigkeit der Organisation sehr erschwert. Viele Betriebe wurden stillgelegt, andere arbeiten mit verkürzter Arbeitszeit. Im Kriegsdienst mußten 371 Kollegen eintreten. Am Jahresabschluss waren zehn davon auf dem Schlachtfelde gefallen. Auch die Mitgliederbewegung fand im letzten halben Jahre ganz unter dem Druck des Krieges. Ende 1913 waren 1124 Mitglieder vorhanden. Es war nicht möglich, die Anstreiche zu verhindern. Von den ausgetretenen Mitgliedern waren drei Viertel noch nicht ein Jahr Mitglied. Auch die Aufhebung der Krankenunterstützung brachte Verluste. Es ist zu bedauern, daß ein Teil der Mitglieder die Organisation als Unternehmungsrichtung betrachtet. Wir sind sicher, auch diese finden den Weg zur Organisation wieder. Durch die Arbeitslosigkeit wurde die Organisation gezwungen, außerordentliche Unternehmungen einzuführen. Gerade die Aufgabe der Mitglieder nicht ganz beiseite, so war die Organisation doch in der Lage, sie zu lindern.

Die Agitation wurde, wie in früheren Jahren, durch Hausagitation und Betriebsversammlungen erlebte. Abgehalten wurden 91 Betriebsversammlungen, 51 Mitgliederversammlungen, 43 Vertrauensmännerversammlungen und Bezirksgruppen, 22 Streikversammlungen und 4 öffentliche Volksversammlungen. In den Mitgliederversammlungen wurden belehrende Vorträge gehalten. Die Vertrauensmännergruppen beschäftigten sich mit der Agitation und mit Streikunterstützungen. Haben wir durch den Ausbruch des Krieges auch Verluste zu verzeichnen, so dürfen wir nicht müßig werden; wir müssen weiter gemeinschaftlich arbeiten und neue Kämpfer der Organisation zuführen.

Magdeburg. Das Jahr 1914 war für die Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen wenig günstig, und demzufolge war das Ergebnis der Lohnbewegungen bescheiden. Bei der Firma Jakob Henckes, Zuckerfabrik in Magdeburg-Neudorf, wurden Ende Februar Forderungen eingereicht, die eine mäßige Erhöhung der Stundenlöhne und auch der Alterslöhne bezweckten. Nach mehrmaliger Verhandlung wurde eine Erhöhung des Wochenlohnes um je 1,50 Mk. erreicht, woran 140 Arbeiter beteiligt waren. Außerdem wurde, einem Wunsch der Arbeiter entsprechend, der wöchentliche Lohnnachtrag auf Freitag verlegt. Am 15. März richteten die Arbeiter der Firma H. Dörre, G. m. b. H. (Chemische Fabrik) in Magdeburg-Neudorf, Forderungen auf Erhöhung der Löhne, Aufhebung der Überstunden und Verbesserung der sanitären Einrichtungen ein. Nachdem eine Verhandlung zwischen der Betriebsleitung und der Lohnkommission ergebnislos verlaufen war, führten Verhandlungen zwischen dem Vertreter des Arbeitgeberverbandes und unserer Organisation zu einer gütlichen Einigung. Die erzielte Lohnerhöhung betrug für 93 Arbeiter durchschnittlich je 1,50 Mk. pro Woche. Für Überstunden, Sonntag- und Nachtarbeit wurde ein angemessener Aufschlag bewilligt. Außerdem wurde die Verbesserung der sanitären Einrichtungen, die allerdings viel zu wünschen übrig ließen, zugesagt.

Die Verabschiedung der Forderungen G. v. Kippen in Wiesbaden-Neudorf fand gleich nach Beginn der Kampagne die Aufmerksamkeit herab, wodurch der Verband von 35 Arbeitern nur je 2,40 Mk. pro Woche gestrichelt wurde. Da durch Verhandlungen eine Annäherung des Lohnes nicht erzielt wurde, traten die Arbeiter am 23. April in den Streik, der nach zehntägiger Dauer mit bestem Erfolg beendet werden konnte. Den extremen Forderungen unseres Komittees gelang es, die Firma zur Anerkennung der alten Lohnsätze zu veranlassen. — Im Auftrag der bei der Firma H. v. K., Seifenfabrik, beschäftigten Arbeiter und Vertrauensmänner wurde Organisationsleitung der Firma am 11. Juni Forderungen. Es handelte sich darum, die 10% stündige Arbeitszeit auf 10 Stunden zu vermindern, die bisherige Lohnsätze zu erhöhen und einen Aufschlag für Überstunden zu erlangen. Die Firma lehnte sich hartnäckig den Forderungen der Arbeiter gerecht zu werden. Im letzten Augenblicke gelang es durch Verhandlungen zwischen dem Vertreter des Arbeitgeberverbandes und unserer Organisation, den drohenden Konflikt zu vermeiden. Die erzielte Arbeitszeit wurde auf 10 Stunden herabgesetzt und für Überstunden ein Aufschlag von 5 Pf. bewilligt. Die zugesagte Lohnerhöhung betrug durchschnittlich 1,50 Mk. pro Woche. Am 1. Dezember waren 29 Komittees beteiligt.

Das bei der Verabschiedung ist folgendes erreicht:

Die Zahl der geleisteten Wochenbeiträge		Die Mitgliederzahl betrug am	
Herab im		Herab im	
1. Quartal 48 2/3 oder pro Kopf 12,24	1. Januar . . . 3876	1. April . . . 3877	1. Juli . . . 3859
2. " 45 3/4 " " 12,51	1. Juli . . . 3859	1. Oktober . . . 2940	31. Dezember . . . 2771
3. " 41 2/3 " " 12,26			
4. " 35 1/2 " " 12,31			

Das pro Jahresabschluss traten 997 Mitglieder zum Militär ein. Darunter waren auch in den Kreis der Reservisten eingetragene Soldaten. Unter anderem wurden zwei Gefängnisstrafen und vier weitere Mitglieder der Arbeitsniederlegung einberufen. Die entlassenen Soldaten sind bereitwillig von Entlassenen ausgefüllt worden. Die Posten der entlassenen Mitglieder werden zum Teil von neuen Frauen besetzt.

Die Arbeitslosigkeit setzte gleich nach Ausbruch des Krieges heftig ein; aber schon Mitte September trat auf dem Arbeitsmarkt eine Besserung ein, die dauernd anhält und sich zeitweilig bis zum Arbeitsmangel steigerte. Im Dezember war die Arbeitslosigkeit geringer als im Juli. Während im 3. Quartal 3541,85 Mt. Arbeitslosen-Unterstützung gezahlt wurden, betrug diese Unterstützung im 4. Quartal nur 1649,70 Mt.

Dank dieser günstigen Lage auf dem Arbeitsmarkt brauchten wir Zuschüsse aus der Hauptkasse während des Krieges nicht, sondern konnten im 3. und 4. Quartal noch 5281,52 Mt. an die Hauptkasse abgeben. Darunter befanden sich 696 Mt., die von den Mitgliedern als freiwillige Kriegsteuer aufgebracht worden sind. — An Kriegsunterstützung wurden aus der Hauptkasse 10 163,25 Mt. und aus der Nebenkasse 3884 Mt. gezahlt. Das sind bedeutende Leistungen, die jedenfalls auch Verhältnissen bei unsern im Felde stehenden Kollegen finden werden.

Der Abschluß des Geschäftsjahres 1914 ist für uns eine große, gemessene an den Zeitverhältnissen, befriedigend. Hoffentlich bringt das neue Geschäftsjahr Frieden und Fortschritt.

München. (Aus der Gummiwarenfabrik Meßler u. Co.) In der „Münchener Post“ vom 17. November 1914 war ein Erlaß des Generalkommandos des 1. bayerischen Armeekorps enthalten, in dem alle Arbeitgeber aufgefordert wurden, ihren Angestellten und Arbeitern auskömmliche Löhne zu bezahlen. Es war dem Generalkommando bekannt geworden, daß eine Anzahl Arbeitgeber ungerechtfertigterweise die Löhne ihrer Angestellten und Arbeiter gekürzt hatten. In diesem Erlaß ist das Vorgehen dieser Arbeitgeber als ein gemeingefährliches Geschäftsgebahren bezeichnet und sind gegen Arbeitgeber, die sich ein solches Gebahren zu eigen gemacht haben oder machen, Zwangsmaßnahmen angedroht.

Das war am 17. November. Am 23. Dezember hat nun die Direktion der Gummiwarenfabrik-Mittengesellschaft Meßler u. Co. (Herr Direktor Freisinger) in der Luft- und Wasserziffernabteilung, wahrscheinlich als Weihnachtsgeschenk für die Arbeiterschaft, einen neuen Tarif anhängen lassen, in welchem die Alterssätze ganz bedeutend herabgesetzt waren. Der Verdienstentgang, der dadurch entsteht, beträgt 5 bis 6 Mt. pro Woche. Dieser Lohnausfall wird in der jetzigen Zeit, wo alle Lebensmittel im Preise gewaltig steigen, von der Arbeiterschaft doppelt schmer empfunden. Dabei kommt noch in Betracht, daß die Arbeiterschaft dieses Betriebes während des Krieges im vorigen Jahre ohnehin viel unter der Not zu leiden hatte. Auch wird der Versuch gemacht, für Arbeiten, die bisher nur von Männern gemacht wurden, Frauen zu verwenden. Für diese wurden die Alterssätze noch niedriger gestellt. Im alten Tarif war bei den Linienwasserziffern von Größe 60x75 bis Größe 80x100, das sind 39 Sorten, für jede Sorte ein eigener Lohn eingestellt. Dieser betrug für die kleinste Sorte (60x75) 1,80 Mt., für die größte (80x100) 3,20 Mt., im Durchschnitt 2,40 Mt. Diese 39 Sorten sind jetzt im neuen Tarif zusammengezogen, und wird hierfür ein Einheitslohn von 1,90 Mt. für Männer und ein solcher von 1,40 Mt. für Frauen gezahlt. Es ist also der Durchschnittslohn im neuen Tarif für Männer pro Stück um 50 Pf. und für Frauen um 1 Mt. niedriger als im alten Tarif. Bei den Luftziffern seien nur die Größen von 15 bis 27 1/2 hervorgehoben. Für diese wurden früher 15 Pf. bezahlt, jetzt 8 Pf. pro Stück. Bei den gewöhnlichen Wasserziffern beträgt der Abzug bei den Größen 60x75 bis 80x100 im Durchschnitt 36 Pf. bei den Arbeitern und 86 Pf. bei den Arbeiterinnen. Die Größen 45x60 bis 55x75 sind Herabsetzungen. Abgezogen wurden bei diesen für Arbeiter 25 Pf., für Arbeiterinnen 55 Pf. Und weil es üblich ist, daß Arbeiter für die Herabsetzung besser bezahlt werden, hat man wieder 10 Prozent zugelegt, nachdem man vorher 25 und 50 Prozent abgezogen hatte.

Der Lohnabzug erfolgte mit der Begründung, daß der Betrieb bei diesen hohen Löhnen (die Arbeiter verdienen 30 bis 34 Mt. pro Woche im Tarif) nicht existieren könne. Ob aber die Arbeiter bei den niedrigen Löhnen existieren können? Man kann das Bestreben, einen Betrieb, der in Grund und Boden hineingewirtschaftet war, wieder rentabel zu gestalten, nur gut heißen, aber das darf nicht auf Kosten der Arbeiterschaft geschehen. Vielleicht kümmert sich das Generalkommando einmal um diesen Betrieb und bringt jene Zwangsmaßnahmen in Anwendung, die dafür in Aussicht genommen sind.

Hamburg. Die zweite Tabelle in unserm Nr. 7 des „Proletariats“ erschienenen Jahresbericht enthält in der letzten Spalte wichtige Zahlen. Nachstehend die richtigen. Von je 100 männlichen Mitgliedern waren zum Kriegsdienst eingezogen:

Am 15. August 16,2	Am 3. Oktober 20,5	Am 21. November 23,6
" 22. " 18,1	" 10. " 20,8	" 28. " 23,8
" 29. " 18,9	" 17. " 21,5	" 5. Dezember 25,2
" 5. Septbr. 19,6	" 24. " 21,7	" 12. " 25,5
" 12. " 19,5	" 31. " 21,8	" 19. " 26,1
" 19. " 19,9	" 7. November 22,0	" 26. " 27,3
" 26. " 19,9	" 14. " 22,1	

Jahresbericht des Gaus 6 (Schlesien). In dem Bericht für den Gau 6 fehlen in der Zusammenstellung der Ausgaben die als Krankenunterstützung angegebenen Beträge. Im ersten Halbjahr wurden hierfür 27 501,15 Mt., im zweiten Halbjahr 5068,10 Mt. ausgegeben. Diese Summen sind den spezialisiert aufgeführten zuzuzählen, dann wird auch die angegebene Gesamtsumme erreicht.

Polizei und Gerichte.

Sympathiestreit und Tarifvertrag.
Mit einem interessanten Streitfall aus dem Gebiete des gewerblichen Arbeits-Tarifvertragsrechts hat sich am 29. Januar das Reichsgericht zu befassen. Es fragte sich, ob ein Arbeiterverband aus dem von ihm mit einem Arbeitgeber abgeschlossenen Tarifvertrag auf Schadenersatz in Anspruch genommen werden kann, wenn die vom Tarifvertrag betroffenen Arbeiter zugunsten anderer Arbeiter in einen Sympathiestreit eintreten. Der Sachverhalt des Streits war folgender:

Am 3. Januar 1912 ist zwischen der Aktiengesellschaft Expeditions- und Schiffsfahrer in Schönebeck und dem Gau 9 (Sitz Magdeburg) des Deutschen Transportarbeiterverbandes auf die Zeit vom 1. Januar 1912 bis 30. Juni 1913 ein Tarifvertrag abgeschlossen worden. Mitte Februar 1913 traten die Deckmannschaften und Bootsführer der Aktiengesellschaft, die von diesem Tarifvertrag nicht betroffen waren, in einen Streik zwecks gütlicher Regelung der Sonn- und Nacharbeit. Zur Unterstüpfung des Streiks erklärten am 4. April 1913 die bei der Firma beschäftigten, unter dem Tarifvertrag fallenden Hafenarbeiter und Rangierer einen Sympathiestreit und legten die Arbeit nieder. Wegen des ihr hierdurch entstehenden Schadens nimmt die Aktiengesellschaft den Deutschen Transportarbeiterverband in Berlin in Anspruch, indem sie geltend macht: durch die Verteilung zu dem Sympathiestreit habe der beklagte Verband gegen den Tarifvertrag verstoßen; aus der Vertragsbestimmung: daß eine Kündigung zwecks Lösung des Arbeitsverhältnisses für beide Teile während der Dauer des Vertrages ausgeschlossen sei, folge, daß während der ganzen Vertragszeit die Arbeiter ihr Arbeitsverhältnis überhaupt nicht beenden dürften.

Das Landgericht Magdeburg und das Obergericht Naumburg haben die Klage abgewiesen. In seinen Entscheidungsgründen führt das Obergericht aus: Eine Vertragsbestimmung, die den beklagten Verband nur vorliegen, wenn seine Mitglieder zur Erlangung besserer Arbeitsbedingungen für sich selbst den Streik begonnen hätten. Nun haben aber im vorliegenden Falle die bei dem beklagten organisierten Hafenarbeiter und Rangierer die Arbeit nur niedergelegt, um den Bootsführern und Deckmannschaften zu günstigeren Arbeitsbedingungen zu verhelfen. Es war also ein sogenannter Sympathiestreit. Ein solcher war aber im Tarifvertrage dem beklagten nicht verboten. Mit Unrecht beruft sich die Aktiengesellschaft auf die Vertragsbestimmung über den Ausschluß einer Kündigung. Diese Bestimmung ist im Sinne des beklagten in Vereinbarung mit dem Transportarbeiterverband in Schönebeck, der in Tarifverträgen mit Arbeitern vereinbart eine große Saugpumpe besitzt, dahin auszulegen, daß nur eine Kündigung ausgeschlossen sein sollte, daß also die Klägerin jeden einzelnen Arbeiter leicht entlassen und andererseits der einzelne Arbeiter leicht die Arbeit aufgeben konnte. Auf dem Tarifvertrag läßt sich der Schadenersatz der Klägerin hiermit nicht stützen. Aber auch nicht auf die §§ 223, 226 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Ein Vertrag gegen die gegen die §§ 223, 226 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, nach die zu seiner Durchführung angewandten Mittel gehen über das zulässige Maß hinaus.

seiner Durchführung angewandten Mittel gehen über das zulässige Maß hinaus.

Das Reichsgericht hat dieses Urteil bestätigt und die von der Klägerin eingeleitete Revision zurückgewiesen. In der Begründung hieß es: Eine unerlaubte Handlung ist mit Recht vom Obergericht verneint worden. Ebenso läßt die Auslegung der Rückbürgungs Klausel einen Rechtsirrtum nicht erkennen. Die Nichtigkeit dieser Auslegung ergibt sich ohne weiteres aus der Sache selbst. Es ist völlig ausgeschlossen, daß der Wille des Verbandes bei Abschluß des Tarifes dahin gehen konnte, die Arbeiter einjährig lang bei der Klägerin zu binden. Die einzige zweifelhafte Frage ist die, ob im Fall eines Tarifvertrages dem Arbeitnehmerverband gestattet ist, einen Sympathiestreit zu veranstalten, wenn im Vertrag selbst über einen solchen Streik nichts bestimmt ist. Es ist zu prüfen, ob nach Sinn und Zweck des Tarifvertrages im vorliegenden Falle anzunehmen ist, daß ein Sympathiestreit durch den Vertrag ausgeschlossen sein sollte. Diese Frage ist im wesentlichen Sache der Auslegung durch den Richter, wobei die allgemeinen Verhältnisse zu berücksichtigen sind. Wenn das Obergericht im vorliegenden Falle den Sympathiestreit nicht für unzulässig erklärt hat, weil es sich dabei um Dinge handelte, die mit dem vom beklagten geschlossenen Tarifvertrag, mit dessen Ziel und Zweck nichts zu tun hatten, so ist das nicht rechtsirrtümlich.

Verbandsnachrichten.

Statistik. — Graue Karten.

Für den Monat Februar sind die grauen Karten bis zum 4. März einzufenden. Dieser Termin muß eingehalten werden, weil das auf Grund der Karten festgestellte Gesamtergebnis für das Reich zum 9. des betreffenden Monats bereits an das Statistische Amt abgehen muß.

Als Stichtag zur Feststellung der Arbeitslosen am Orte und auf der Reise gilt der 27. Februar.

Bei Angabe der Mitgliederzahl dürfen nur die wirklich vorhandenen Mitglieder gezählt werden, also nicht auch die zum Exere eingezogenen, die als abgemeldet gelten.

Gau- und Zahlstellenleiter

werden ersucht, wenn möglich die nachfolgend verzeichneten Nummern des „Proletariats“ einzufenden:

- 1909: Nr. 16, 17, 18, 20, 21, 22, 23, 24;
- 1910: Nr. 25, 26, 27, 28, 29.

Aufforderung.

An die Mitglieder und Arbeiter, die im Jahre 1908 auf dem Glieder-Tonwert beschäftigt waren und Forderungen in den Meißner Linke zu stellen hatten und diese in der Klagefache Woz gegen Linke angemeldet haben, richten wir die Aufforderung, soweit sie in Lüneburg und Umgegend wohnen, sich bei dem Bevollmächtigten Ernst Habenicht, Lüneburg, Neue Straße 9, und die, die von Lüneburg verzoogen, sich beim Vorstand, Adresse: August Breh, Hannover, Nikolaitraße 7, 2. St., zu melden.

Um im Prozeß Woz gegen Linke einen Teil des eingelagerten Betrages zu erhalten, mußten wir in einen angebotenen Vergleich einwilligen. Nach diesem Vergleich erklärte sich der Beklagte bereit, sofort nach erfolgter Zustimmung ein Drittel der Forderung, der Zinsen und der entstandenen Kosten zu zahlen.

Diese Summe ist jetzt an uns voll eingezahlt worden und können die Beteiligten den auf sie entfallenden Betrag bei den oben bekanntgegebenen Adressen in Empfang nehmen.

Die dem Verbands noch angehörenden Mitglieder wollen ihr Mitgliedsbuch mit einbringen, da der Verband für sie die nicht zurückgezahlten Kosten übernimmt.

Der Vorstand.

Achtung!

Dem Mitgliede Richard Hoppe aus Tangermünde, geb. 18. Dezember 1894, ist die Mitgliedskarte Nr. 410 347 abzunehmen und an den Vorstand einzufenden. Auch wird um Angabe der Adresse gebeten.

Der Vorstand.

Vom 16. Februar an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

- Gildesheim 800.—, Strelka a. d. E. 400.—, Heegermühle 107.—, Oranienburg 850.—, Rüdow 350.—, Neustadt a. d. S. 100.—, Bendorf a. Rh. 7.—, Götz a. M. 10.—, Borna 225.—, Rebenitz 58,80.—, Dresden 14.—, Luisburg 11,50.—, Rißi 7.—, Müneburg 214,28.—, Sebzig 4,50.—, Rieburza a. d. W. 3,23.—, Weiskens 300.—, Bitterfeld 7.—, Bredstedt 50.—, Wamten 7.—, Sonneberg (S.-M.) 7.—.

An Versicherungsbeträgen gingen ein:

Gotha 17,50.

Schlus: Montag, den 22. Februar, mittags 12 Uhr.

Fr. Bruns Kassierer.

Die Abrechnung für das 4. Quartal 1914 haben eingesandt:

Zindisch-Eisenbach, Reusahn.

Eingegangene Zahlstellen.

Zindisch-Eisenbach.

wurde das Mitglied der Zahlstelle:

Köln. Matthias Wengraf, Buch-Nr. 49361, nach Nr. 14 Ubl. g.

Verlorene und für ungültig erklärte Mitgliedsbücher und -Karten.

Buch-Nr.	Name des Mitgliedes	Geburtsdatum	Eintrittsdatum	Angetreten in
500 626	Friedrich Ender	24. 5. 1888	25. 6. 1911	Bismarcken
249 914	Ferdinand Altenar	13. 7. 1877	20. 1. 1909	Döhlstedorf
392 039	Wilhelm Gaud	23. 9. 1859	13. 10. 1904	Witten
418 152	Karl Nagel	2. 2. 1883	16. 4. 1910	Wrestlau
Karten-Nr.				
372 756	Karol Landefeld	20. 5. 1880	21. 2. 1914	Wöhrenen

Neue Adressen und Adressenänderungen.

- Bairuth. Johann Zahl, Phantasiest. 26.
- Eisenberg i. d. Pfalz (Gau 12). Wilhelm Linn, Reizenheimer Straße. Georg Steinbauer, Am Bahnhof.
- Hensburg. 1. Bevollmächtigter C. Rasch, Lortzenstraße 23, pt.
- Freiburg i. Br. Philibert Sieaman, Schwarzwalderstr. 75.
- Grünstadt i. d. Pfalz (Gau 12). Ludwig Huber, Westgäßchen.
- Gelmstedt. Wilhelm Schulze, Vorküster Straße 10, pt.
- Mühlhausen i. Säch. August Müller, Tornacher Straße 3.
- Nordhalben. Michael Schindler, Nr. 129 b.
- Regensburg. Johann Schollerer, Steinweg 7 b. R. Hauengasse 3.